

Antwort des Par. StS Stefan Mayer auf die mündliche Frage 40 von Ulla Jelpke (Plenarprotokoll 19/51, S. 5383f, 26. September 2018) zu erteilten Visa zur Familienzusammenführung mit subsidiär Schutzberechtigten

Dr. Thomas Hohlfeld, Referent für Migration/Integration, Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, 227-51122, 27.9.2018

Im August waren 65 Anträge auf Familiennachzug zu subsidiär Geschützten vom Bundesverwaltungsamt positiv entschieden worden (853 Anträge waren von den Auslandsvertretungen an die Ausländerbehörden übermittelt worden), 42 Visa wurden erteilt. Bis zum 17. September wurden weitere 78 Anträge vom BVA positiv entschieden (537 weitere Anträge wurden an die ABH übermittelt), weitere 70 Visa wurden erteilt.

-> Die Zahl der positiven Bescheide und der erteilten Visa steigt im September gegenüber dem August - wie zu erwarten war - an; sie bleiben aber auf sehr niedrigem Niveau. Statt 1.500 Visa, wie es gesetzlich angedacht war (1.000 pro Monat, halber September), wurden bislang nur insgesamt 112 Visa erteilt - nicht einmal ein Zehntel der angestrebten (ohnehin kleinen) Zahl!

Die Bundesregierung äußert sich nicht zu der Frage, ob die ursprünglichen Prognosen zur Rechtfertigung der Einschränkung des Familiennachzugs (Seehofer: "mehrere Hunderttausende") sich angesichts der vorliegenden Zahlen als offenkundig falsch erwiesen haben - die Entwicklung der Antragszahlen bleibe abzuwarten.

Das ist wenig überzeugend: Aktuell gibt es 43.377 Terminanfragen für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten bei den Auslandsvertretungen. Die übergroße Mehrheit aller Anspruchsberechtigten, die ja schon seit über zweieinhalb Jahren auf den Nachzug warten, dürfte solche Terminanfragen bereits gestellt haben (infolge neuer Anerkennungen eines subsidiären Schutzstatus kommt monatlich eine überschaubare Zahl neuer Anträge hinzu). Die von LINKEN und IAB geschätzte Zahl von möglicherweise etwa 60.000 Nachzugsberechtigten, um die es geht, war somit offenbar sogar leicht überhöht - Seehofers Horror-Prognose eines Nachzugs von "mehreren Hunderttausenden" war offenkundig unzutreffend!

Bewertung durch Ulla Jelpke:

"Die Visazahlen verharren auf niedrigstem Niveau, noch weit unterhalb des ohnehin mickrigen, im Gesetz festgelegten Kontingents. Kritiker der gesetzlichen Neuregelung hatten vorhergesagt, dass vom Menschenrecht auf Familienleben bei dieser engherzigen und überaus bürokratischen Regelung in der Praxis wenig übrig bleiben wird - und so ist es gekommen. Es zeigt sich jetzt in aller Deutlichkeit, wie schlecht die von der SPD mitgetragene Regelung ist. Angesichts der geringen Zahl der Betroffenen muss das Recht auf Familiennachzug auch für subsidiär Schutzberechtigte wieder uneingeschränkt gelten, die ursprüngliche Begründung für die Beschränkung dieses Rechts ist weggefallen."

"Es ist peinlich, dass die Bundesregierung nicht eingestehen will, dass sie sich bei der Prognose des zu erwartenden Familiennachzugs offenkundig getäuscht hat - besser gesagt: Seehofer und andere rechte Populisten haben die Zahl des zu erwartenden Nachzugs ja bewusst und ohne jede empirische Absicherung in die Höhe getrieben, um mit Angst schlechte Politik machen zu können. Die massive Beschränkung des Menschenrechts auf Familiennachzug beruhte damit, wie so oft, auf Hetze und unbegründete Angstmache."